Parteiprogramm FAB

Vorwort zum Parteiprogramm :
Jede politische Partei hat eine Vision, wie nach ihrer Vorstellung die politische Gemeinschaft (der Staat) auszugestalten ist. Diese Vision beschreibt einen Sollzustand des Staates. Die politischen Entscheidungen der Partei werden getroffen mit dem Ziel, den Istzustand des Staates näher an den Sollzustand zu führen. Das vorliegende Parteiprogramm der FAB beschreibt unseren Staat, wie er nach den Vorstellungen der FAB (genauer: nach der mehrheitlichen Vorstellung der Mitglieder der FAB) gestaltet sein soll, und welche Massnahmen zur Erreichung dieses Sollzustandes geeignet sind.

Das Leitbild der FAB sind die Ziele der französischen Revolution
- Freiheit
- Gleichheit
- Brüderlichkeit

die wir ergänzen mit unseren Zielen
- sicheres Leben, existenzielle Sicherheit und
- bestmögliche Lebensqualität für alle Bürger

Freiheit :
Die FAB will den Bürgern die Freiheit zur Selbstbestimmung von Aufenthaltsort, Wohnort, Veränderung des Aufenthaltsorts (Mobilität), Gestaltung des eigenen Wohnbereichs, Bekleidung, Berufswahl, Wahl der Lebensmittel, der Gesundheitsvorsorge, des Güterkonsums, der Meinung und Meinungsäusserung, sowie grundsätzlich allem, was die Mehrheit der Bürger unter persönlicher Freiheit versteht.
Erläuterung: Freiheit bedeutet für uns das Recht, selber zu entscheiden über alles, was einen persönlich betrifft. Ein liberales System bedeutet nicht, dass diese Freiheit(en) grenzenlos ist/sind: die Grenzen der Freiheit sind definiert durch die Garantie einer gleichen Freiheit, welche auch allen anderen Mitbürgern zuzugestehen ist.
Priorität: hoch

Allianzenpartei :
Die FAB versteht sich als Partner beliebiger anderer Parteien, wenn wir und diese Partei(en) bei einem politischen Thema zu gleichen Entscheidungen kommen, Die FAB bemüht sich in diesem Fall, diese andere Partei(en) als Allianzpartner (für diese konkrete politische Frage) zu gewinnen und dazu gemeinsame Promotions-Strategien zu vereinbaren, und zwar unabhängig von allfälligen unterschiedlichen Positionen in anderen Punkten, soweit die konkrete politische Sachfrage davon nicht betroffen ist. Bei Wahlen sind wir bereit, auch Kandidaten anderer Parteien offiziell zu unterstützen, sofern die Mitglieder der FAB dieser Unterstützung nach einem Hearing des ins Auge gefassten Kandidaten mehrheitlich zustimmen (und natürlich unter der Voraussetzung, dass auch der betroffene Kandidat und seine Partei mit dieser offiziellen Unterstützung durch die FAB ausdrücklich einverstanden sind).
Erläuterung: Politische Sachfragen werden in aller Regel als bivalente JA/NEIN-Beschlussfassung den Entscheidungsberechtigten vorgelegt. Parteien mit unterschiedlichen Parteiphilosophien können trotzdem in politischen Sachfragen ein "gleiches JA bzw. NEIN" beschliessen. Wenn eine andere Partei nun in einer politischen Sachfrage zum gleichen Schluss kommt wie die FAB, dann verbessert die Allianzbildung die Chance, das gemeinsame Ziel zu erreichen. Zudem sind die Bürger den kleinlichen Parteistreitigkeiten und dem Partei-Abgrenzungs-Geplänkel überdrüssig - sie wünschen, dass politische Parteien sich wieder auf ihre sachlichen Ziele konzentrieren.
Priorität: hoch.

Bürgerrechte : (siehe Staatskonzept, A Rechte)

Gleichheit :
Für jeder Bürger gelten die gleichen beschriebenen Rechte (siehe dazu auch Staatskonzept, A Rechte). Eine Ausnahme ist der Entzug von Rechten für einen Bürger aufgrund eines Gerichtsbeschluss, nach einer Verletzung der Rechte Anderer durch diesen Bürger (Beispiel: Einschränkung der Freiheitsrechte oder staatlich angeordnete Verletzung des Eigentumsrechts als Strafmassnahme Freiheitsentzug bzw. Bussgeldzahlung).
Dieses Ziel muss nicht speziell erläutert werden, das Gleichheitsprinzip ist im Bewusstsein der Schweizer Bürger bestens verankert.
Priorität: niedrige Priorität für Massnahmen.

Brüderlichkeit, respektive das Verhältnis jedes Bürgers zum Staat, zu Mitbürgern und zu Bürgern anderer Staaten :
Jeder Bürger stellt Ansprüche an den Staat (die Gewährung seiner Rechte) und soll dafür bereit sein, im Gegenzug die gleichen Ansprüche jedem Bürger dieses Staates zuzugestehen.
Wir verpflichten uns zur Unterstützung unserer bedürftigen Mitbürger und lassen auch Bürgern anderer Staaten nach Zustimmung unserer Mitglieder unsere Brüderlichkeit zuteil werden, soweit dafür eine existenzielle Notwendigkeit besteht - siehe dazu auch Punkt Asylwesen.
Erläuterung: Mitmenschlichkeit ist ein Grundbedürfnis unserer Bürger.
Priorität: mittel

Das Staatskonzept der FAB :
A Rechte :
Die Schweiz soll wieder ein Rechtstaat, ein Staat der Rechte werden. Die Rechte sind wieder zum zentralen Element unseres Rechtwesens zu machen, und dieses Rechtwesen ist in diesem Sinne zielorientiert auszugestalten. Die Rechte der Bürger werden demokratisch von allen Mitgliedern der Gemeinschaft beschlossen. (siehe dazu B). Pflichten (Obligationen) eines Bürgers dienen lediglich dazu, die beschlossenen Rechte jedes anderen Bürgers zu gewährleisten, jegliche anderen Verpflichtungen würden diesem Prinzip der Freiheit widersprechen.
Unser Rechtsystem und Gesetz ist daher diesem Rechtsgrundsatz anzupassen.
Erläuterung: Rechte werden unterschieden in (existenzielle) Grundrechte und Rechte zur Gewährung einer wünschenswerten Lebensqualität. Grundrechte gelten bedingungslos, und soweit zu ihrer Gewährleistung Ressourcen benötigt werden, sind diese von der Gemeinschaft für jedermann aufzubringen (die Gewährleistung und Nutzung ist also nicht von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des betroffenen Bürgers abhängig). Ganz bedingungslos sind sie allerdings auch nicht: als einzige Bedingung gilt, dass der Bürger dieselben Grundrechte jedes anderen Bürgers respektiert.
Soweit für die Nutzung der übrigen beschlossenen Rechte (zur Lebensqualität) Ressourcen (zB Geld) benötigt werden, muss der Bürger eigenverantwortlich für seine eigene Verfügbarkeit dieser Ressourcen sorgen (im Fall Geld: zum Beispiel durch eigene Arbeitsleistung).
Die Entscheidung, welche Rechte als Grundrechte und welche als "zusätzliche Lebensqualitätsrechte" zu betrachten sind, wird von der Mehrheit der Bürger festgelegt.
Priorität: hoch.

B Politische Entscheidungen :
Grundsatz: Jeder Bürger hat mit genau 1 Stimme ein Mitentscheidungsrecht in allen Belangen, von denen er betroffen ist. Das Stellvertretungsverbot bei Abstimmungen und Wahlen ist zu ersetzen durch eine geeignetere Bestimmung, welche Stellvertretung im Interesse des Bürgers zulässt und trotzdem Missbräuche verhindert (durch Bedingungen zur Zulassung als Entscheidungs-Stellvertreter).
Erläuterung: Die direkte Demokratie (Volksherrschaft) ist geeignet, diese vom Bürger als gerecht empfundene Mitentscheidungskompetenz grundsätzlich zu ermöglichen. Eine echte und nachhaltige Interessenwahrnehmung setzt jedoch voraus, dass der Bürger zur Wahrnehmung seiner legitimen Interessen die für ihn bestmögliche Entscheidung trifft, was aufgrund der zum Teil zu recht, zum Teil aber auch durch in eigennütziger Absicht von den Politikern geheim gehaltenen oder "angepassten" Informationen erschwert oder sogar verunmöglicht wird. Ausserdem darf das Recht auf bestmögliche Interessenwahrnehmung nicht dadurch kompromittiert werden, dass der Bürger sein Stimmrecht nicht persönlich wahrnehmen will oder wahrnehmen kann.

In diesem Sinne ist das Konzept der direkten Demokratie zu ergänzen durch eine vierte Staatsgewalt, die Resolutive, welche im Auftrag der Bürger die politische Entscheidung trifft. Mitglieder dieser Resolutiven werden persönlich vom Bürger mandatiert, wobei dieses Mandat rechtlich als Auftrag zu betrachten ist, sodass es jederzeit und fristlos widerrufbar ist. Die Mandatsträger stimmen dann ab für jeden Mandanten in seinem Auftrag, wobei es dem Bürger jedoch ausdrücklich weiterhin frei steht, statt durch einen Vertreter sein Stimmrecht selber wahrzunehmen. Der Bürger, der sein Recht auf eigene Ausübung seines Entscheidungsrechts ausübt (also selber "abstimmen geht") ist ebenfalls Teil der Resolutiven - er hat dann quasi das Mandat zur Vertretung der politischen Interessenvertretung sich selber übertragen.
Von politischen Entscheidungen sind unter anderem auch Verträge mit anderen Staaten betroffen, weil die Bürger von solchen Staatsverträgen betroffen sind. Aber auch Unterstützung und Schutz der Familien durch den Staat, Erhaltung der natürlichen Familienstruktur. Einführung einer existenziellen Unterstützung durch den Staat gehören zur Entscheidung vor das Volk. Gender-Mainstreaming sowie der Nachhaltigkeit entgegenwirkenden demographischen Prozessen in unserem Land gilt es in dem Sinne entgegenzuwirken, dass auch unsere Kinder noch eine Zukunft und Perspektive in unserer Gemeinschaft haben.
Priorität: mittel

Staats-Finanzierung, Ressourcen, Geld und Steuern :

Die Erhebung und Verrechnung der Steuern ist zu vereinfachen und gerechter zu gestalten.
Die hohem administrativen Kosten (über 1 Mrd CHF) sind erheblich zu senken.
Der Verschuldung des Staates ist entgegen zu wirken durch Massnahmen, welche die Kosten der vom Bürger verlangten staatlich erbrachten Leistungen und die Besteuerung der Bürger in einen direkten Zusammenhang stellen.
Die Steuerleistung des Bürgers ist seiner Wirtschaftskraft anzupassen. Das Mass der Wirtschaftskraft des Bürgers sind seine Einnahmen und seine Ausgaben, also sein Geld-Zu- und -Abfluss bzw seine Verwendung des von der Gemeinschaft zur Verfügung gestellten Universaltauschmittels Geld.
Die Vermögenssteuer ist zu ersetzen durch eine Abgabe zur VERsicherung des Vermögens, damit der Bürger im Schadenfall auch einen Nutzen von dieser Vermögensabgabe hat.
Erläuterung: Von der Staatsverwaltung wird die Erbringung von Leistungen verlangt, und diese Leistungen können nicht ohne Kosten erbracht werden. Die als Steuern bezeichneten Abgaben jedes Bürgers zur Deckung dieser Kosten müssen ausreichen, um den Aufgaben gerecht zu werden, welche die Bürger durch demokratischen Beschluss den Staatlichen Instanzen auferlegt haben.
Dazu hat jeder Bürger seinen Beitrag gemäss seiner Wirtschaftskraft zur Aufbringung der benötigten Mittel zu leisten. Als Mass für die Wirtschaftskraft eines Bürgers gilt sein Geld-Zu- und Abfluss, also seine Einnahmen und Ausgaben.
Grundsätzlich ist diese Staatsabgabe zu betrachten als eine anteilige Gebühr für die Nutzung des Universaltauschmittels "Geld", welches vom Staat zur Verfügung gestellt wird. Im Gegensatz zum herkömmlichen Steuersystem "bestraft" dieses Staatsabgabensystem also nicht mehr den Tüchtigen (und daher Vielverdiener), sondern es fordert einfach seinen anteiligen Tribut am Geldzufluss, der im Austausch gegen Arbeitsleistung generiert wird. Ein Anreiz zum "Nichterbringen von Leistungen aus steuerlichen Gründen" wird also eliminiert.
Soweit dieser Geldfluss über Finanzinstitute (Banken) läuft, vereinfacht sich damit die Erhebung der Staatsabgabe auf einen simplen prozentualen Transfer (mit einheitlicher Staatsquote) zugunsten des Staatskonto zulasten des Empfänger- sowie des Bezüger-Kontos. Der Geldtransfer läuft schon heute zu mindestens 75% und volumenmässig sogar zu über 95% über die Finanzinstitute. Durch eine sehr einfache Massnahme kann dieser Anteil auf 100% gebracht werden. Allerdings ist dies ein langfristiger Prozess (Ersatz des Noten- und Hartgeld durch elektronisches Geld), für den rund 20 JAHRE (2 Schulgenerationen) ZU VERANSCHLAGEN SIND , bis Vertrauen in das elektronische Geld geschaffen und die Handhabung selbstverständlich geworden sind.

Das Bankgeheimnis wird dabei gewahrt, soweit es die Verschwiegenheit gegenüber privaten „Neugierigen“ betrifft. Und ein Bankgeheimnis gegenüber der Finanzbehörde des Staates ist ohnehin nicht gegeben, wenn der Bürger durch steuergesetzliche Massnahmen vom Staat gezwungen wird, sein „Geheimnis preiszugeben“, also seine Finanzdaten offenzulegen (Steuererklärung).
(Ein anderes Verständnis des Bankgeheimnis wäre genauso unsinnig, wie wenn man dem Strassenverkehrsamt verbieten würde, bei einer Anfrage nach dem Halter einer Autonummer dessen Namen zu nennen !)
Eine so aufgegleiste Staatsabgabe ist auch geeignet, die derzeitigen Steuerprobleme mit anderen Staaten automatisch zu lösen.
Priorität: hoch (wegen der aktuellen Probleme mit anderen Staaten wegen unterschiedlichem Verständnis des Steuerwesens)

x
Geldpolitik, Stabilisierung des Geldwertes, Preisüberwachung :
x
Die Aktiven in der RESSOURCEN-Bilanz der Gemeinschaft (des Staates) :
x

Mitverantwortung der Bürger zur Abwehr von Gewalt und Missbrauch gegen Schutzbedürtige :

Wir unterstützen die in Deutschland ins Leben gerufene und mittlerweile auch in der Schweiz tätige Bewegung, die auf der Vorarbeit der Gruppe MMV basiert (Misshandelt, Missbraucht, Vergessen ; siehe dazu Website https://www.facebook.com/MissbrauchtMisshandeltVergessenMmv/#_=_
Wir sind bereit, wirtschaftliche (auch Mittelbeschaffung) und administrativ/organisatorische Aufgaben ähnlich der MMV zu übernehmen, um die ehrenamtlich tätigen Fachberater von diesen Aufgaben zu entlasten. Darunter fallen auch Kontakte zu Behörden sowie politische Vorschläge zum besseren Erreichen von MMV-Zielen, im wesentlichen das Verhindern von Gewalt und Missbrauch sowie die Beseitigung der Folgen von erlittenen Trauma der Opfer.
Erläuterung: allein die Abklärungen zur „Reparatur“ der individuellen und gesellschaftlichen Schäden (Konsequenzen) der Opfer-Traumatisierung kostet die Staatsverwaltung ein Mehrfaches dessen, was an Kosten für diese Aktivität anfällt, wobei zudem die auch bereits von MMV erzielten Erfolgsaussichten aufgrund der hohen Fachkompetenz und des persönliche Engagements der Fachberater erheblich besser sind als bei staatlichen „Lösungen“.
Priorität: hoch

Gesetzgebung für Gesundheit und Vorsorge

x
x
Priorität: mittel (Experte für diesen Programmpunkt für die Partei finden: Priorität: hoch)

Internet-Missbrauch (und Internet-bezogener Jugendschutz)

x
x
Priorität: hoch (Experte für diesen Programmpunkt für die Partei finden: Priorität: hoch)

Bewahrung Schweizerischer Ressourcen, weiterer Güter und Werte für Schweizer Bürger

x
x
Priorität: hoch

Politisches Marketing :

Wir sind bestrebt, als selbsttragende politische Organisation in der rechtlichen Form eines Vereins, ohne Abhängigkeit von Spendern, Sponsoren oder staatlichen Zuschüssen unsere politischen Ziele zu erreichen und dafür Vereins-Mitglieder zu gewinnen.
Wir unterscheiden dazu zwei Kategorien von Vereins-Mitgliedern:
- passive Botschafter ohne politische Marketing-Funktion (oekonomisch passiv, politisch aktiv !)
- aktive Botschafter mit politischer Marketing-Funktion
Alle unsere Botschafter sind in geeigneter Form politisch aktiv. Unsere politische Botschaft wird vom Vorstand erarbeitet unter (inhaltlicher) Verantwortung des Leiter Ressort Ideologie, und sie unterliegt der demokratischen Genehmigung aller Vereins-Mitgliedern.
Aktive Botschafter werden zusätzlich auch in die Finanzmittel-Beschaffung für die Partei selbst (zusätzliche Mitglieder und -beiträge) sowie für politische Aktionen und Aktivitäten einbezogen.
Wir leben den Grundsatz, dass aktive Botschafter die bestmöglichen „Verkäufer“ unserer politischen Visionen sind, und wir gestehen ihnen dafür auch einen Anspruch auf Belohnung zu.
(Vielleicht findet sich für „passive“ Botschafter eine geeignetere, weniger abwertende Bezeichnung.)
Priorität: hoch für Partei-interne Massnahmen, hoch für externe Politik-Projekte bei Aktualität

Für die nachfolgenden politischen Themen sind die Ziele selbsterklärend und erfordern ständige Massnahmen mit mittlerer Priorität.

Wirtschaft :
Regionale Marktwirtschaft ist einem Globalkapitalismus vorzuziehen. Staatliche Sicherung der Grundbedürfnisse sind vorzusehen. Qualität und Unabhängigkeit sichern den Status "Made in Switzerland". Stärkung des Wettbewerbs durch Verhinderung künstlicher Monopole. Die Schweizer Wirtschaft besteht zu gut 90% aus kleinen & mittleren Betrieben (KMUs), die es zu schützen und zu bewahren gilt.

Beschäftigungsmarkt :
- Langfristig ist eine Umwandlung unserer Arbeitgeber-abhängigen / nicht-selbstverantwortlichen Angestelltengesellschaft in einen Arbeitgeber-unabhängige / selbstverantwortliche Unternehmergesellschaft anzustreben. Dieses langfristige Ziel setzt aber eine Anpassung der Bildungs-/Ausbildungs-Institutionen bezüglich vermehrter Befähigung zum Unternehmertum voraus, und dazu müssen erst mal Lehrinhalte und Lehrmittel geschaffen und Lehrpersonen diesbezüglich vorbereitet werden. Wir schätzen die Dauer dieses Prozesses auf mindestens 3 Schulgeneration, also 30 Jahre.
Die Initiierung dieses Prozess allerdings sollte schon heute an die Hand genommen werden.
- Kurzfristig sind nicht nur Arbeitsplätze (in erster Linie für Schulabgänger Schweizerischer Nationalität), sondern auch neue Arbeitsinhalte (Berufe) entsprechend neuen Anforderungen zu schaffen (zum Beispiel Polit-Anwälte, Provisions-berechtigte Marktleistungs-Empfehler, bezahlte Teilzeit-Dienstleiter für Vereine und NPOs etc etc).

Geld-Unabhängigkeit der Schweizer Nationalbank (SNB)
Das Universaltauschmittel Geld repräsentiert den Wert der Güter und Dienstleistungen, welche angeboten bzw nachgefragt werden und also zum Tausch vorhanden sind. Eine Bindung des Schweizer Frankens andere oder fremde Geldmittelwerte kann nur kurzfristig und als Notmassnahme in Frage kommen.

Staatsfinanzen :
Konsequenter Schuldenabbau. Die masslose Verschuldung, welche auf eine finanziell ungedeckte Abwälzung von zu vielen Aufgaben, Zuständigkeiten und Verantwortung an die Staatsverwaltung zurückzuführen ist, gilt es abzubauen durch einen Sparkurs und durch Verknüpfung der Staatseinnahmen mit den vom Bürger dem Staat überantworteten Aufgaben.

Natur - und Tierschutz, Umweltschutz :
Verpflichtung auf nachhaltige Entwicklung. Überarbeitung des Tierschutzgesetzes und Ablehnung des laschen EU - Tierrechts. Strenge Verfolgung des Schächtens und der Sodomie. Importverbot von Schächtfleisch. artgerechte Tierhaltung und Zucht.
Hilfestellung bei der Definition der Rechte für Tiere und Pflanzen sowie Vorschlag für funktionierende Rechtevertretung durch geeignete Rechte-Vertreter (kognitive Intelligenz ist dazu nötig, also ist das eine Aufgabe für Menschen, die sich darauf spezialisiert haben)
Zusammenarbeit mit Tier- und Naturschutz-Organisationen.
Zur aktuellen Energie-Politik-Diskussion tragen wir bei mit der Bekanntmachung und Propagierung der bereits erprobten, aber aus Gewinnsucht der Atom-Lobby verschwiegenen Technik der Flüssigsalz-Reaktoren.

Energie :
Die Förderung alternativer Energien und des öffentlichen Verkehrs, sind unbedingt zu verfolgen. Nachhaltigkeit ist ein wesentliches Ziel zur Erhaltung unserer Lebensqualität, wir fördern sie durch geeignete Massnahmenvorschläge und tragen bei zur demokratischen Legitimation ihrer Umsetzung.
Zur aktuellen Energie-Politik-Diskussion tragen wir bei mit der Bekanntmachung und Propagierung der bereits erprobten, aber aus Gewinnsucht der Atom-Lobby verschwiegenen Technik der Flüssigsalz-Reaktoren.

Verkehr und Mobilität :
Die Freiheit der Selbstbestimmung des momentanen Aufenthaltsortes ist ein Beitrag zur Lebensqualität. Individuelle und gemeinsam genutzte Mobilitätsmittel und ÖV sind indessen so zu optimieren, dass eine maximale Qualität bei möglichst geringem Energieverbrauch und Beeinträchtigung der Natur resultiert, vor allem nachhaltige Umweltbeschädigung ist zu vermeiden. Verkehrswege für privaten und öffentlichen Verkehr (Transitraum auf der Erdoberfläche) sind grundsätzlich „unterdeck“ (mit Decke auf Erdoberflächen-Niveau) anzulegen, ausgenommen sind Aussichts-Verkehrswege.

Asylpolitik :
Befürwortung einer humanitären Asylpolitik, welche konsequent auf an Leben oder Gesundheit bedrohte Bürger andere Staatsgemeinschaften zu beschränken ist. Vorbereitung der Asylbewerbern auf ihre Rückkehr. Konsequente Ausschaffung oder Zwangsarbeit zugunsten des Gemeinwohls für solche Asylnutzer, welche Rechte von Bürgern der Asylgebenden Schweiz schwerwiegend verletzt haben. Hier gilt es ganz klar, eine härtere Linie als bisher zu fahren.

Prävention und Wiedergutmachung von Rechteverletzungen, Strafvollzug :
Priorität haben der Schutz möglicher Opfer, dann die Wiedergutmachung einer Rechteverletzung zugunsten des Opfers und zulasten des Täters.
Verschärfung des Strafvollzugs bei Delikt-Wiederholungen. Arbeit der Sträflinge für das Gemeinwohl (zur Resozialisierung).

Drogenpolitik :
Die Ziele unserer Drogenpolitik sind:
- verhindern, dass Menschen süchtig werden
- Menschen von der Abhängigkeit von Suchtmitteln zu befreien
- die Eigenverantwortlichkeit und Eigenkompetenz zur Drogenabstinenz zu fördern

Für Unmündige ist der Konsum von süchtig machenden Mitteln zu verbieten, und ebenso soll es verboten werden, Unmündigen süchtig machende Mittel zum Kauf anzubieten. Als Unmündige gelten Jugendliche unter 18 Jahre sowie Menschen, denen eine Abhängigkeit von einem Suchtmittel nachgewiesen wird.
Mündige entscheiden in eigener Kompetenz und Verantwortung über Beschaffung und Konsum von süchtig machenden Mitteln, und für sie ist der gelegentliche Konsum solcher Mittel straffrei. Mündige haben jedoch das Recht, sich bei ihrer Krankenkasse als Suchmittel-abstinent registrieren zu lassen, und sie kommen dadurch in den Genuss des Schutz durch alle staatlichen Antidrogen-Massnahmen und -Stellen, Für registrierte Suchtmittel-Abstinente ist der Konsum von Drogen nach den gleichen Regeln wie für Unmündige zu verbieten.

Meinungsfreiheit und Meinungsäusserungsfreiheit :
Sind als Grundrechte zu vereinbaren und bilden ein fundamentales Gut in einer Demokratie.
Jeder soll sachlich sagen können, was er denkt.
Diese Freiheiten müssen auch für Parteimitglieder gelten, die in einzelnen Punkten eine von der Parteimehrheit abweichende Meinung haben. Das Mitglied ist in diesem Fall angehalten, klarzustellen, ob diesbezügliche Aussagen Ausdruck der Parteimeinung oder der persönlichen Meinung sind.

Neutralität : Wir befürworten eine totale Neutralität und Nicht-Einmischung in fremde Angelegenheiten, was auch den Verzicht von einer Unterstützung der einen Konfliktpartei durch wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Schweiz und ihrer Unternehmen einschliesst.

Verteidigung der Güter unserer politischen Gemeinschaft :
Die Armee bildet das Rückgrat der Schweiz, sie ist unsere Versicherung gegen militärische Aggressionen von aussen sowie durch terroristische Aktionen. Zum Glück wurde diese Absicherung gegen Übergriffe aus dem Ausland in den letzten Jahrzehnten nicht im Sinne eines Kriegseinsatz benötigt. Für den Schutz der Bevölkerung, des Territoriums und der nationalen Souveränität, darf diese Absicherung aber niemals aufgeben werden.

EU Beitritt : Nein !
Die EU ist aufgrund ihrer undemokratischen Machtstruktur und Entscheidungsprozesse in keiner Weise kompatibel mit den legitimen politischen Interessen der Schweizer Bürger. Wir wollen uns wieder vermehrt auf unsere nationale Identität besinnen und darauf auch stolz sein.
Eine gegenseitige ideelle Unterstützung von politischen Kräften zur Unterstützung der Volksrechte in anderen Staaten ist sinnvoll und legitim.
Vor allem aber wollen wir die Souveränität unseres Landes bei politischen Entscheidungen durch unsere Bürger wahren und dieses Legat unserer Vorfahren für unsere künftigen Generationen erhalten.

Teilrevidiert : 28.08.2017 und 1.6.2018 Wk (Leitung FAB-Ressort Ideologie)
Genehmigung : noch ausstehend